



---

## Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 18. Dezember 2023**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

**Beginn: 14 Uhr**

**Ende: 16:25 Uhr**

### TAGESORDNUNG

| <b>TOP</b>  | <b>Bezeichnung</b>   | <b>Drucksache-Nr.</b> |
|-------------|--|-----------------------|
| <b>1.</b>   | <b>Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden;</b><br>Anmietung eines Wohnhauses in Singen, Lessingstraße 24 als Gemeinschaftsunterkunft | <b>2023/350</b>       |
| <b>2.</b>   | <b>Haushalt 2024;</b><br>Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt des Landkreises   | <b>2023/348</b>       |
| <b>3.</b>   | <b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b>  |                       |
| <b>3.1.</b> | <b>European Energy Award;</b><br>Internes Audit 2023   |                       |
| <b>3.2.</b> | <b>Warteliste Techniker- und Meisterschule im Landkreis Konstanz;</b><br>Bitte Kreisrat Müller-Fehrenbach                                      |                       |
| <b>3.3.</b> | <b>Äußerungen zum Thema Migration in der Presse;</b><br>Hinweis Kreisrätin Özdemir   |                       |

### **Anwesend**

**Danner**, Zeno, Landrat und Vorsitzender

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

**57 Kreisrätinnen und Kreisräte**

### **Entschuldigte**

**Both-Pföst**, Hubertus, Dr.

**Ellegast**, Andreas

**Friedrich**, Stefan

**Graf**, Boris

**Hofer**, Sigrid, Dr.

**Karle**, Wolf-Dieter

**Kessler**, Peter

**Knöpfle**, Marco

**Moser**, Johannes

**Röckelein**, Nina

**Schäuble**, Martin

**Schneble**, Martin

**Schrott**, Walafried

**Voll**, Albert

**Volz**, Tobias

**Weckbach**, Matthias

### **Teilnahme an der Sitzung ab einem späteren Zeitpunkt/ vorzeitiges Verlassen der Sitzung**

**Diehl**, Bernhard (bis 16:05 Uhr)

**Eisenhut**, Bernhard (bis 16:20 Uhr)

**Klinger**, Michael, Dr. (ab 16:05 Uhr)

**Lehmann**, Siegfried (bis 16:15 Uhr)

### **Von der Verwaltung nimmt teil**

**Gärtner**, Philipp, ELB

**Basel**, Stefan

**Neugebauer**, Boris

**Nops**, Harald

**Bittermann**, Jens

**Kruthoff**, Simone

**Reppel**, Kai

### **Protokoll**

**Hoffmann**, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Der Vorsitzende teilt mit, dass TOP 1 der öffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt wird. Es sind noch einige Punkte offen, sodass der TOP heute nicht beratungsreif ist.

Weitere Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

**1. Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden;  
Anmietung eines Wohnhauses in Singen, Lessingstraße 24 als Gemeinschaftsunterkunft**

**Beschluss:**

**Entfällt.**

*Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung vom Vorsitzenden von der Tagesordnung abgesetzt.*

**2. Haushalt 2024;  
Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt des Landkreises**

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Häusler** trägt die Haushaltsrede der CDU-Fraktion vor. Daran schließen sich die anderen Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Größe an.

*(Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.)*

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass vor der Beschlussfassung noch über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt wird:

***“Für den Fall einer Verbesserung der liquiden Lage des Kreishaushalts in 2024, wird diese Verbesserung nicht, wie bisher üblich, in den Folgejahren zur Begrenzung des Kreisumlage-Hebesatzes verwendet, sondern um die erforderlichen Kreditaufnahmen aus den Kreditermächtigungen 2023 und 2024 entsprechend zu reduzieren.”***

Kreisrat **Mors**

Viele Kommunen im Landkreis tun sich mit den Finanzen insgesamt aber auch mit der Finanzplanung des Landkreises schwer, weil die Kreisumlage auf einen Hebesatz von 34 Prozent (rund 220 Mio. EUR) ansteigt. Die Finanzsituation in den Gemeinden des Landkreises Konstanz ist so schlimm wie noch nie zuvor. Man spricht von einem Defizit von fast 70 Mio. EUR, im Vergleich lag das Defizit im Vorjahr bei 6 Mio. EUR. Das entspricht einer Verelffachung. Das sind zwar nur Planungsergebnisse, aber diese Zahlen wurden nicht umsonst eingestellt. Wenn es in den letzten Jahren zu einer Ergebnisverbesserung kam, lag das an akuten Krisensituationen, wie der Coronapandemie oder der Flüchtlingsdiskussion und daran, dass man es nicht geschafft hat, die eigenen Aufgaben umzusetzen, die in diesen Haushaltsplänen enthalten waren.

Diese Verbesserungen sind damit implizite Schulden, die auf die Zukunft verlagert worden sind. Insofern erscheint das laufende Defizit nach den 70 Mio. EUR noch dramatischer. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Die Finanzplanung des Landkreises lässt viele Gemeinden nervöser werden, als sie es schon sind, denn darin zeichnet sich die größte Investition des Landkreises, ein Klinikum in der Größenordnung einer halben Mrd. EUR, ab. Das ist enorm und hat noch nicht einmal Eingang in die Finanzplanung finden können. Das verunsichert viele Gemeinden zutiefst.

Die Landkreisverwaltung unternimmt Anstrengungen, um den Gemeinden entgegenzukommen. Insofern haben die Gemeinden sehr wohlwollend aufgenommen, dass die Kreisumlage gesenkt wurde. Gleichzeitig konnten die strukturellen Themen wie bspw. die Finanzierung des Kreisklinikums nicht gelöst werden. Das Geld, das hier erhoben wird, fehlt den Gemeinden vor Ort zusätzlich zu den erwähnten 70 Mio. EUR.

Die Verpflichtungsermächtigungen führen mich persönlich dazu, mich der Stimme heute zu enthalten. In Anbetracht der riesigen Investitionen, die der Landkreis zu schultern hat, aufgrund der Übernahme von fachfremden Aufgaben, kann man von einem K.O. für den Finanz-

planungszeitraum nach 2025 sprechen.

#### Kreisrat **Zähringer**

Es wird ein Dank dafür ausgesprochen, dass der Landkreis in den letzten Jahren den Mut aufgebracht hat, die Finanzierung des Neubaus des Berufsschulzentrums in Konstanz zu stemmen. Das stärkt den Standort Konstanz. Das Engagement des Schulträgers im Bereich der Jugendberufshilfe und der Jugendberufsbegleitung wird ebenfalls gesehen. Der Landkreis Konstanz geht bei der Fachkräfteentwicklung beispielhaft voran.

In Bezug auf Teilhaushalt 2 wird angemerkt, dass die Ausschüttungsquote des Sachkostenanteils vom Land in 2023 und 2024 im Ergebnishaushalt um zwei Prozent gekürzt wurde. Es wird darum gebeten, diese Kürzung in 2025 nochmals zu überdenken. Die Verwaltung wird gebeten, dies dem neu gewählten Kreistag bei der Haushaltsplanberatung so auch zu empfehlen.

Es gibt Schulen, die trotz steigender Sachkostenbeiträge vom Land bei gleichbleibenden Schülerzahlen mit weniger Mitteln im Ergebnishaushalt auskommen müssen. Das ist eklatant, weil die Schulen auch die 20 Prozent für den Medienentwicklungsplan aufbringen müssen. Es wird gebeten, ab 2025 wieder zur alten Regelung zurückzukehren.

#### Kreisrat **Siegfried Lehmann**

Man kann dem Haushalt zustimmen oder nicht zustimmen. Man kann aber nicht nur bestimmten Haushaltsteilen zustimmen und anderen nicht.

Der FDP-Antrag geht meines Erachtens nicht. Über den Umgang mit Haushaltsresten muss der Kreistag im Lichte der Haushaltssituation entscheiden. Zudem kann der aktuelle Kreistag nicht solch eine Entscheidung für den nächsten Kreistag nach der Kommunalwahl treffen.

Zum Thema Finanzierung des Krankenhauses hat der Kreistag bereits eine Diskussion zu einer möglichen Ansparrate geführt. Damals hieß es, dass es schwierig sei, die Kreisumlage zu nutzen, um Ausgaben, die erst Jahre später anfallen, vorzufinanzieren und das Geld den Kommunen zu nehmen.

Die Erwartungshaltung der Kreisverwaltung ist klar: Der Neubau wird 55 bis 60 Prozent Zuschuss vom Land bekommen. 160 Mio. EUR wird man aus dem Kreishaushalt finanzieren müssen. Die Hälfte davon wird man über die Kreisumlage finanzieren, die andere Hälfte über die Neuverschuldung. Das ist eine vernünftige und vertretbare Art.

Besorgniserregend sind die geplanten Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von bis zu 200 Mio. EUR in der mittelfristigen Finanzplanung. Es ist nicht die Frage des Neubaus, die den Landkreis in die finanzielle Bredouille bringt. Vielmehr ist es die Frage, ob man es durch den Neubau und die Strukturveränderungen schafft, im Krankenhaus eine schwarze Null zu schreiben. Schafft man es, vom Defizit runterzukommen? Wenn man das nicht schafft, kann man sich den Prozess schenken. Man muss die Frage nach wirtschaftlichen Strukturen und nach dem Abbau von Doppelstrukturen stellen.

Die Alternative wäre, dass die Defizitabdeckung bleibt und dass man keinen Neubau hat. Eine weitere Alternative wäre die Privatisierung, aber in solch einer wirtschaftlichen Situation wird niemand solch ein Haus kaufen. Man kann sich den Gesundheitsverbund mit solch einem hohen Defizit nicht mehr leisten.

#### Kreisrätin **Frank**

Sollte der Antrag der FDP zulässig sein, wird eine Sitzungsunterbrechung beantragt.

#### **Vorsitzender**

Die vergangenen Jahresabschlüsse fielen besser aus als angenommen. Wenn man das in Relation zum gesamten Haushaltsvolumen setzt, befindet man sich im einstelligen Prozentbereich

und für das Jahr 2023 sogar im Promillebereich. Viel genauer kann man kaum planen. Man bemüht sich dennoch weiterhin, noch besser zu werden.

Die Betrachtung der mittelfristigen Finanzplanung mit einer Obergrenze bezogen auf die nächsten Jahre unter der Maßgabe, dass es sich dabei nicht um einen vorgezogenen Beschluss handelt, kann man machen. Es ist unklar, wie weit in die Zukunft gesehen das sinnvoll wäre. Es wird aber zugesagt, das im ersten Halbjahr 2024 aufzunehmen.

Zum Thema Bürokratie werden insbesondere die Abgeordneten in die Pflicht genommen. Es ist die Aufgabe der Parlamente, die Regeln festzulegen. Die großen Regeln, die die Bürokratie verursachen, werden im Landtag und im Bundestag verabschiedet. Bevor ein Gesetz auf den Weg gebracht wird, muss geprüft werden, was das auf kommunaler Ebene bedeutet. Diese Diskussion muss man führen, was nicht immer und überall erkannt wird. Es wird darum gebeten, das auch mit nach Stuttgart und Berlin mitzunehmen.

Die Bereiche Bürokratie und Personal sollten dabei auch nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Die Personalkosten steigen unter anderem auch, weil der Landkreis so viele Aufgaben erhält und es dadurch kompliziert wird und weil man aufgrund dessen auch kein geeignetes Personal findet und entsprechende Angebote machen muss. Die Kehrseite ist, dass die Mitarbeitenden in den öffentlichen Verwaltungen auch keine Einnahmen generieren.

Zum Thema Bodenseegürtelbahn wird angemerkt, dass heute der Termin zur Vertragsunterzeichnung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke stattgefunden hat. Der Landkreis finanziert die Ausbaustrecke nicht mit, wird sich jedoch mit 270.000 EUR jährlich am Betrieb beteiligen. Der Verkehrsminister sagte bei dieser Veranstaltung in seiner Ansprache unter anderem auch, dass dem Landkreis Konstanz bewusst sein müsse, dass dieser sich an den Kosten der Bodenseegürtelbahn beteiligen muss.

Der Landkreis sollte sich nicht an einer dynamisierten Kostenentwicklung beteiligen. Es besteht jedoch die Bereitschaft, einen Beitrag, über den man noch diskutieren sollte, zu leisten. Aber man muss dringend darauf achten, dass es hier einen Deckel gibt.

Die Windkraft wird gerne vorgebracht werden, wenn entsprechende Anträge gestellt werden.

Zum Thema GLKN wird bestätigt, dass für den Neubau noch kein Geld im Haushalt 2024 eingeplant wurde. Trotzdem müssen Strukturen geschaffen werden, damit man eine schwarze Null erreichen kann. Es wird versucht, dementsprechend zu planen, auch wenn das ein unklarer Blick in die Zukunft ist. Das Krankenhaus muss auskömmlich finanziert sein. Wenn die Gutachter vorrechnen, dass man nach der Optimierung diverser Bereiche und optimaler Organisation kein jährliches Defizit von ca. 15 Mio EUR erreicht und der GLKN danach weiterhin ein Defizit hat, dann ist entweder die Abrechnung mit den Krankenkassen oder die Investition des Landes oder die Mischung aus beidem zu niedrig.

Ich bin dankbar, dass der Kreistag sich bei allen Diskussionen, insbesondere auch beim Thema Migration, auf die Herausforderungen fokussiert und darauf, wie man diese lösen kann. Hier muss auch angesprochen werden, wie schwierig die Lage ist und welche Schwierigkeiten auf Bundesebene ggf. noch nicht präsent sind. Dazu ist die Verwaltung im regelmäßigen Austausch mit den Bundestagsabgeordneten. Andere schimpfen nur über die Menschen, die zu uns kommen. Das ist der große Unterschied zwischen seriöser Politik und plumper Stimmungsmache.

Die Freien Wähler wurden so verstanden, dass diese sich insgesamt enthalten, weil sie der mittelfristigen Finanzplanung nicht zustimmen können. Bei anderen Fraktionen wird ein gewisses Unwohlsein bei der mittelfristigen Finanzplanung wahrgenommen. Gleichwohl wird dem Gesamthaushalt zugestimmt.

Beim FDP-Antrag geht es zunächst um die Frage, wie man plant. Das wäre eine Chance, ehrli-

cher mit der Schuldenaufnahme umzugehen. Man würde die Schuldenaufnahme jedes Jahr planen und wäre schärfer an der Jahresgrenze und der Planbarkeit dran. Das heißt nicht automatisch, dass der Kreisumlagehebesatz höher oder niedriger wird.

#### **Kreisrat Pschorr**

Diese Einschätzung wird nicht geteilt. Der Antrag betrifft die Entscheidung des künftigen Kreistags, noch offene Kreditermächtigung auszuüben. Diese Entscheidung ist vom nächsten Kreistag nach der Wahl zu treffen. Der Antrag ist somit unzulässig und kann lediglich als Appell ohne Bindungswirkung ausgesprochen werden.

#### **Vorsitzender**

Das wäre trotzdem ein gutes Zeichen.

#### **Frau Kruthoff**

Es geht um die Kreditermächtigungen für 2023 und 2024. Der Beschluss, die Höhe der Kredite festzulegen, wird in diesem Gremium getroffen und ist Teil des heutigen Beschlusses. Wenn gewünscht wird, dass in der Zukunft nochmal geprüft wird, wie es tatsächlich aussieht, hat das schon mit dem heutigen Beschluss zu tun.

Eine ähnliche Formulierung hat das Regierungspräsidium dem Landkreis für den Haushalt 2023 mitgegeben. Die Verwaltung sollte prüfen, in welcher Höhe Kreditaufnahmen notwendig sind. Wenn der Haushalt sich verbessert, sollte auch die tatsächliche Kreditaufnahme angepasst werden. Wenn das Regierungspräsidium das schon von außen vorgeben kann, kann der Kreistag sich das meines Erachtens selbst und auch dem nachfolgenden Kreistag so vorgeben.

#### **Kreisrat Mors**

Die Verfassungsmäßigkeit des Beschlusses wird in Frage gestellt. Die aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kommunen ist eine Pflichtabwägung im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplanes des Landkreises. Nach eigener Einschätzung greift der Kreistag heute in diese Abwägung, die erst in einem Jahr stattfinden kann, massiv ein. In einem Jahr könnte die Finanzausstattung der Gemeinden besser oder schlechter sein. Wenn der Kreistag diese Entscheidung heute trifft, können diese Punkte in der Abwägung nicht mehr mit aufgenommen werden. Insofern stellt sich die Frage, ob eine sachgemäße und sachlich richtige Abwägung dieser Bemessungsgrundlage überhaupt möglich ist.

#### **Vorsitzender**

Der Kreistag beschließt heute den Haushalt 2024. Wenn man heute festlegt, dass am Ende des Jahres kein Kredit aufgenommen wird, sofern noch Geld übrig ist, ist das verfassungsrechtlich und haushaltsrechtlich legitim.

Was der Landkreis bisher macht, ist das Gegenbeispiel. Am Ende eines Jahres wird geprüft, ob Geld übrig ist. Sollte dies zutreffen, wird der Kredit trotzdem aufgenommen. Deswegen gibt es am Ende auch Auswirkungen auf die Kreisumlage; in der Folge fällt diese geringer aus. Das ist gut und das wird bisher auch so vorgeschlagen.

Die nun vorgeschlagene Vorgehensweise wäre, dass man am Ende des Jahres aufgrund übrig gebliebener Mittel in 2024 weniger Kredite aufnimmt. Man schaut in 2025 neu, welchen Bedarf an Krediten und an Kreisumlage man in 2025 hat, um das ausgewogene Verhältnis nach Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz herzustellen. Im Ergebnis könnte dann genau der gleiche Kreisumlagehebesatz rauskommen. Der Vorteil an dieser Vorgehensweise wäre, dass man sauberer nach Jahren trennt. So wurde der Antrag verstanden. Der Kreistag muss diesen Beschluss nicht fassen. Das ist lediglich ein Beschluss für die Vorgehensweise, wie man die häufig geforderte Haushaltswahrheit und -klarheit sicherstellen könnte.

### Kreisrat **Pschorr**

Diese Ausführung entspricht der unproblematischen Variante, sollte dann aber umformuliert werden: Für den Fall einer Verbesserung der liquiden Lage des Kreishaushalts in 2024 werden die Kreditermächtigungen in 2023 und in 2024 in gleicher Höhe im laufenden Haushaltsjahr nicht in Anspruch genommen.

### **Vorsitzender**

Man sollte es nicht verkomplizieren.

*Kreisrätin **Frank** stellt einen Geschäftsordnungsantrag und bittet um kurze Sitzungsunterbrechung.*

*Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.*

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Kreistag folgenden

### **Beschluss 1 – Antrag FDP-Fraktion (17 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen; folglich abgelehnt):**

**Der Kreistag empfiehlt für den Fall einer Verbesserung der liquiden Lage des Kreishaushalts in 2024, diese Verbesserung nicht, wie bisher üblich, in den Folgejahren zur Begrenzung des Kreisumlage-Hebesatzes zu verwenden, sondern um die erforderlichen Kreditaufnahmen aus den Kreditermächtigungen 2023 und 2024 entsprechend zu reduzieren.**

### **Beschluss 2 (einstimmig):**

**“Projektförderung Kultur; Zuschuss für die Durchführung der Großen Landesausstellung 2024 auf der Reichenau”**

- 1. Der Landkreis Konstanz bewilligt der Gemeinde Reichenau einen Zuschuss für den Shuttleservice bei der Großen Landesausstellung im Jahr 2024 in Höhe von 50.000 EUR.**
- 2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, den Zuschuss in Höhe von 50.000 EUR in den Entwurf des Haushaltsplans 2024 einzuplanen.**

*Hinweis:*

*Kreisrat **Dr. Zoll** nahm aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

### **Beschluss 3 (einstimmig):**

**“Erhöhung der institutionellen Förderung für das Jüdische Museum Gailingen”**

**Dem Antrag des Vereins für jüdische Geschichte Gailingen e. V. zur Erhöhung der institutionellen Förderung des Jüdischen Museums Gailingen um 13.000 EUR auf insgesamt 35.000 EUR wird zugestimmt**

*Hinweis:*

*Kreisrat **Dr. Auer** nahm aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 4 (einstimmig):**

**“Förderung sozialer Einrichtungen und Dienste im Landkreis Konstanz in den Jahren 2024 bis 2026”**

**Der vorgeschlagenen Fortschreibung des Beratungsstellenangebotes im Landkreis Konstanz wird unter Bezugnahme auf die bestehende Rahmenvereinbarung zugestimmt.**

*Hinweis:*

*Kreisrätinnen **Özdemir** und **Sarikas** sowie die Kreisräte **Häusler**, **Hoffmann** und **Müller-Fehrenbach** nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 5 (einstimmig):**

- 1. Dem Zuschussantrag des Caritasverband Konstanz e.V. zur Autismus-Beratung im Landkreis Konstanz (Anlage 4 Nr. 10) wird in Höhe von 87.436 EUR zugestimmt.**
- 2. Dem Zuschussantrag des Caritasverband Konstanz e.V. zu den Ruhestandslotsen (Anlage 4 Nr. 11) wird in Höhe von 35.599 EUR zugestimmt.**

*Hinweis:*

*Kreisräte **Hoffmann** und **Müller-Fehrenbach** nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 6 (einstimmig):**

- 1. Dem Zuschussantrag des Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. zur Antidiskriminierungsberatung adib (Anlage 4 Nr. 5) wird in Höhe von 34.531 EUR zugestimmt.**

**Zur Überprüfung der Bedarfsgerechtigkeit des Angebots und als Grundlage für die Entscheidung über die Weiterfinanzierung für 2025 ff. legt die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. einen Bericht, insbesondere zur Auslastung und Nutzerstruktur vor.**

- 2. Dem Zuschussantrag des Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. zum Arbeitslosenzentrum (ALO) Singen (Anlage 4 Nr. 6) wird in Höhe von 11.927 EUR zugestimmt.**

**Da die gestiegenen Personal- und Verbraucherpreiskosten über die in der Rahmenvereinbarung geregelte Indexfortschreibung zeitversetzt d. h. nachlaufend berücksichtigt werden, empfiehlt die Verwaltung eine Überbrückungsfinanzierung. Für 2024 soll die Indexfortschreibung von 2 % auf 8,4 % (abzüglich 1,95 % für den Vorgriff 2023) erhöht werden. Dieser weitere Vorgriff soll 2025 und 2026 in Abzug gebracht werden. Für die Jahre 2025 und 2026 wird daher schon jetzt ein Index von 2 % festgesetzt.**

- 3. Dem Zuschussantrag des Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. zum Sozialpsychiatrischer Dienst SPDI (Anlage 4 Nr. 7) wird in Höhe von 88.063 EUR zugestimmt.**
- 4. Dem Zuschussantrag des Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. zur Tagesstätte für psychisch kranke Menschen (Anlage 4 Nr. 8) wird in Höhe von 152.322 EUR zugestimmt.**

*Hinweis:*

*Kreisrätinnen **Özdemir** und **Sarikas** nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 7 (einstimmig):**

Grundsätzlich wird der Förderung der Betreuungsvereine durch den Landkreis Konstanz in selber Höhe wie die Förderung durch das Land Baden-Württemberg zugestimmt.

Dem überplanmäßigen Aufwand für die Förderung der Betreuungsvereine im Landkreis Konstanz im Jahr 2023 in Höhe von voraussichtlich 147.000 EUR wird zugestimmt.

Der Mehrbedarf kann durch Verbesserungen im Teilhaushalt 3 – Budget 3.4 Migration und Integration – gedeckt werden.

*Hinweis:*

*Kreisrätinnen Özdemir und Sarikas nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 8 (einstimmig):**

1. Der Landkreis fördert SINUS im Jahr 2024 mit einem Betrag von 350 EUR/Monat und Teilnehmerplatz, max. für 20 Teilnehmerplätze (max. 84.000 EUR).
2. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 84.000 EUR werden in den Entwurf des Haushalts 2024 eingeplant.

*Hinweis:*

*Kreisrätinnen Özdemir und Sarikas sowie die Kreisräte Häusler, Hoffmann und Müller-Fehrenbach nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 9 (einstimmig):**

1. Der Landkreis fördert das Projekt DELTA im Jahr 2024 mit einem Betrag von 50.000 EUR.
2. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 50.000 EUR werden in den Entwurf des Haushaltes 2024 eingeplant.

*Hinweis:*

*Kreisrätinnen Özdemir und Sarikas sowie die Kreisräte Hoffmann und Müller-Fehrenbach nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 10 (einstimmig):**

1. Die Finanzierung der Schuldnerberatung im Jahr 2024 erfolgt über Fallpauschalen. Die Pauschale für den Regelfall wird auf 1.250 EUR festgesetzt. Komplexe Fälle mit 5 bis 10 Gläubigern werden mit einer Pauschale von 1.400 EUR, mit mehr als 10 Gläubigern von 1.580 EUR vergütet.
2. Die Frist für die Abrechnung in Altfällen nach § 4 Abs. 2 des Kooperationsvertrags wird von 5 auf 3 Jahre reduziert.
3. Die Vergütung für die Erstberatung wird von 90 EUR auf 120 erhöht.
4. Die erforderlichen Mittel von voraussichtlich 420.000 EUR sind in den Entwurf des Haushalts 2024 aufzunehmen.
5. Das neue Finanzierungsmodell soll im Jahr 2024 erprobt und hinsichtlich der Wirksam-

keit d.h. der auskömmlichen Finanzierung der Schuldnerberatung überprüft werden. Die Auswertung bildet die Grundlage für die Finanzierung ab 2025.

**6. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kooperationsvertrag entsprechend anzupassen.**

*Hinweis:*

*Kreisräte **Hoffmann** und **Müller-Fehrenbach** nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 11 (einstimmig):**

**Dem Zuschussantrag des Caritasverband Konstanz e.V zur Interdisziplinären Frühförderung (Anlage 5 Nr. 7) wird in Höhe von 194.608 EUR zugestimmt.**

*Hinweis:*

*Kreisräte **Hoffmann** und **Müller-Fehrenbach** nahmen aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 12 (einstimmig):**

**Dem Zuschussantrag des Kinderchancen Singen e.V. zum Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut (Anlage 5 Nr. 16) wird in Höhe von 40.900 EUR zugestimmt unter der Voraussetzung, dass seine Konzeption im Jahr 2024 im Kreisjugendhilfeausschuss vorgelegt wird.**

*Hinweis:*

*Kreisrat **Häusler** nahm aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 13 (einstimmig):**

**Dem Zuschussantrag des Stadt Singen zu Start.Singen – Baustein Familienbesuche; NEUANTRAG (Anlage 5 Nr. 21) wird in Höhe von 41.000 EUR zugestimmt.**

*Hinweis:*

*Kreisrat **Häusler** nahm aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 14 (einstimmig):**

**Dem Zuschussantrag des Stadt Singen zur Timeout School (TOS) (Anlage 5 Nr. 25) wird in Höhe von 64.639 EUR zugestimmt.**

**Da auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Städten/Kommunen des Landkreises Plätze und das Beratungsangebot in Anspruch nehmen, soll ab 2025 ein Finanzierungskonzept erstellt werden, welches die finanzielle Beteiligung anderer Städte und Kommunen berücksichtigt.**

*Hinweis:*

*Kreisrat **Häusler** nahm aufgrund von Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.*

**Beschluss 15 (Mehrheitliche Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen, 11 Enthaltungen):**

Der Kreistag stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027 in der sich aus der Beratung ergebenden Fassung – inklusive der Änderungsliste und den Empfehlungsbeschlüssen aus den Fachausschüssen (Hebesatz für die Kreisumlage 34,00 v.H., Kreditaufnahme 47.300.000 EUR, ordentliche Tilgungen von 5.200.000 EUR und Verpflichtungsermächtigungen von 73.775.000 EUR [davon für das Jahr 2025: 32.970.000 EUR; 2026: 27.205.000 EUR; 2027: 13.600.000 EUR]) – zu.

**3. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

**3.1. European Energy Award;  
Internes Audit 2023**

**Vorsitzender**

Nach dem erfolgreichen externen Audit im Jahr 2022 wurde die Arbeit der Fachämter in den sechs Handlungsfeldern fortgesetzt. Das Ergebnis der Kreisverwaltung Landkreis Konstanz liegt bei 61,8 %. Trotz der Verschärfung der Kriterien hat die Landkreisverwaltung gegenüber dem Ergebnis von 2022 (56,6 %) nicht 10 Prozentpunkte verloren, sondern rund 5 Prozentpunkte dazu gewonnen.

**3.2. Warteliste Techniker- und Meisterschule im Landkreis Konstanz;  
Bitte Kreisrat Müller-Fehrenbach**

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** weist darauf hin, dass auf der Warteliste für die Techniker- und Meisterschulen mittlerweile 60 bis 70 Personen stehen. Es wurde bekannt, dass das Regierungspräsidium diese weiteren Ausbildungsplätze in der Beruflichen Schullandschaft im Landkreis Konstanz nicht genehmigen will. Daher wird darum gebeten, dieses Thema im Kreistag zu beraten und in der nächsten Sitzung des Kultur- und Schulausschusses vorzubereiten.

Der **Vorsitzende** sichert dies zu.

**3.3. Äußerungen zum Thema Migration in der Presse;  
Hinweis Kreisrätin Özdemir**

Kreisrätin **Özdemir** verweist auf einen kürzlich erschienenen Presseartikel zum Thema Integration. Erschreckend war hier insbesondere das Zitat, sofern es korrekt zitiert wurde, von einem Oberbürgermeister des Landkreises: "Wer nun glaube, dass mit einem deutschen Pass die Integration erfolgreich abgeschlossen sei, der sei in der Realität noch nicht angekommen." Diese Formulierung wird als sehr unglücklich empfunden. Dieser Satz macht all die Mühe der Migrantinnen und Migranten sowie der Geflüchteten, die sich sehr bemüht haben, zunichte. Die Einbürgerung ist keine einfache Geschichte. Es ist toll, dass im Landkreis Konstanz jährlich im Durchschnitt zwischen 300 und 350 Personen eingebürgert werden und ihre entsprechenden Bürgerrechte bekommen.

Dieser und auch andere negative Sätze stehen weder dem Oberbürgermeister einer international geprägten Stadt, noch einer Partei gut zu Gesicht. Bedauerlich ist auch, dass dadurch die Arbeit der Ehrenamtlichen zunichtegemacht wird. Es wird bei diesem Thema um Sensibilität bei der Wortwahl gebeten.

### **Vorsitzender**

Es geht um ein Zitat von Herrn **Häusler** in einem Zeitungsartikel. Die erste Frage ist, ob man über Presseartikel im Detail diskutieren muss.

Es trifft jedoch durchaus zu, dass die sprachlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen auch nach der Erlangung eines Passes bestehen bleiben. Das ist ein sehr weiter Weg.

Es gibt aber auch Punkte, die einen bedenklich stimmen. Wenn beispielsweise Antisemitismus salonfähig wird, dann hängt das meist mit Personen zusammen, die noch nicht ganz integriert sind. Es geht darum zu sagen, dass es noch ein weiter Weg ist und dass das Ziel der Integration nicht alleine die Erlangung des Passes ist.

Im Übrigen ermöglichen der Kreistag und der Sozialausschuss viele Angebote für Menschen gleich welcher Herkunft, damit diese sich besser in der Gesellschaft integrieren können. Insofern sollte man das Thema nicht einfach herunterspielen, aber einzelne Presseartikel oder Aussagen auch nicht überhöhen.

### **Kreisrat Häusler**

Diese Aussage habe ich in meiner Funktion als Oberbürgermeister getätigt. Wir leben in einem freien Land, in dem man seine Meinung frei äußern darf.

Es ist inzwischen das übliche Narrativ, dass man politisch in die rechte Ecke gestellt wird, wenn man sich zu bestimmten Themen kritisch äußert. Beim Thema Integration gibt es gute Beispiele, die funktionieren, aber es gibt auch Beispiele, die nicht funktionieren.

### **Vorsitzender**

Wir sind gut aufgestellt, um durch die aktuellen Krisen zu kommen. Die Verwaltung und die Fraktionen geben sich große Mühe, die Aufgaben und Herausforderungen gut zu meistern. Die geäußerten Bedenken sind berechtigt. Mir ist es jedoch wichtig, dass wir keine Trübsal blasen, sondern dass wir uns auf unsere Kompetenzen, auf unsere Diskussionskultur und unser Auftreten in der Öffentlichkeit, unsere Aktionen und unsere großen Entscheidungen, die wir bereits getroffen haben und die wir noch treffen werden, besinnen. Schwerer als heute war es noch nie - aber leichter auch nicht.

Es ist mir wichtig, dass wir weiterhin positiv unterwegs sind. Wir sollten nicht mit einem Gefühl der Überforderung unterwegs sein. Ich nehme mir auch selbst immer wieder vor, mich daran zu erinnern, dass es eigentlich gut läuft. Wir müssen nur darauf achten, dass es so bleibt.

Der Weg dahin besteht daraus, gute Arbeit zu leisten, gut zu diskutieren, saubere Beschlüsse zu fassen und in der Lage zu sein, auch mal wieder umzudrehen und neu anzufangen, in der Lage zu sein, auch mal Fünfe gerade sein zu lassen und nicht bis zum Ende alles besser zu wissen, sondern nur bis zur halben Strecke. Das gelingt uns hervorragend und ich freue mich auf die kommenden Sitzungen des Kreistags sowie auf die Kommunalwahlen.

Alles Gute zur Weihnachtszeit und nehmen sie sich Zeit und Ruhe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:25 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

\_\_\_\_\_  
Zeno Danner

**Für den Kreistag:**

\_\_\_\_\_  
Wolfgang Müller-Fehrenbach

\_\_\_\_\_  
Dr. Christiane Kreitmeier

**Für das Protokoll:**

\_\_\_\_\_  
Vera Hoffmann

